

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1054

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1054



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 21. 8. 2016

Inhalt

Vernehmlassung Lehrplan des Kantons Zürich.....	2
Antwort des Komitees «Lehrplan vors Volk»	2
Frage 1: Allgemeine Bemerkungen zum Lehrplan.....	2
Frage 2: Lektionentafel allgemein	3
Fragen 3.1 bis 3.7: Detailkritik an den Lektionentafeln	3
Fragen 4.1 bis 4.3: Optionen zur vorgeschlagenen Lektionentafel.....	4
Weitere Rückmeldungen.....	4
Vielgestaltigkeit ist gefragt.....	5
Es braucht guten Frontalunterricht.....	5
Dogmatische Ansätze meiden	6
Schlecht- oder rechtschreiben?	6
Vom Frühfranzösisch geblendet.....	9
«Das Schulfranzösisch reicht sowieso nicht»	10
Diskussion im eigenen Sprachraum.....	10
Bruchsicheres Land.	11
Verordneter Begeisterungszwang.....	11
Without any translation.....	11
Gegen die Interessen der Schüler.	11

Vernehmlassung Lehrplan des Kantons Zürich

Antwort des Komitees «Lehrplan vors Volk»

Auszug aus der Vernehmlassungsantwort zum neuen Lehrplan, verfasst vom Komitee «Lehrplan vors Volk» (Details können nachgelesen werden:

http://lehrplan-vors-volk.ch/data/documents/160803_LP21_VNL_ZH_Stellungnahme_Komitee_LPvV.pdf)

Frage 1: Allgemeine Bemerkungen zum Lehrplan

Folgende Punkte sind für das Komitee «Lehrplan vors Volk» im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Lehrplans stossend:

Verletzung von staatsrechtlichen Grundsätzen

Beim Lehrplan 21 handelt es sich angesichts seiner Grösse und Anzahl von völlig neu konzipierten Kompetenzziele um eine der wichtigsten Schulreformen der vergangenen Jahre. Der Lehrplan 21 will eine andere Schule als es im Volksschulgesetz festgehalten ist und widerspricht verfassungsrechtlichen Grundsätzen. Die Kantone und deren Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen bei einem so wichtigen Thema mitbestimmen können. Nebst der Initiative «Lehrplan vors Volk» ist auch die Initiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule» zustande gekommen, welche ebenfalls einen Einfluss auf den Lehrplan 21 hat. Über die Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» muss das Stimmvolk deshalb schnellstmöglich befinden können.

Fragwürdige Kompetenzorientierung

Mit der Fokussierung auf Kompetenzen wird nicht mehr das Vermitteln inhaltlicher Lernziele, sondern das Erwerben messbarer Kompetenzen in den Vordergrund gestellt. Nirgends wird mehr festgehalten, welches Wissen überhaupt wichtig ist. So verbleiben den Schülerinnen und Schülern nur einzelne Fertigkeiten, die ohne inneren Zusammenhang nebeneinander stehen. Es müssen verbindliche, auf ein Schuljahr ausgerichtete Wissensziele für jedes Fach festgehalten werden. Um dieses Wissen zu vermitteln, braucht es Lehrerinnen und Lehrer, welche die Schülerinnen und Schüler anleiten und welche nicht auf einen Coach reduziert werden.

Testen ja – aber nicht so!

Der hohe Detaillierungsgrad bei den vorgegebenen Kompetenzschritten führt zu einer engmaschigen Steuerung und Messung der Lernprozesse. Gegen die gelegentliche Messung von Schülerleistung ist nichts einzuwenden, jedoch muss diese Messbarkeit sinnvoll sein und der tatsächlichen Verbesserung des Schulunterrichts dienen. Bisherige Tests orientieren sich nach OECD-Standards, die nicht auf unser Bildungswesen abgestimmt sind und kaum folgerichtige Aussagen machen können. Letztlich kosten die Tests viel, bewirken eine Gleichschaltung, jedoch keine Verbesserung des Unterrichts.

Engmaschige Steuerung führt zur Entmündigung der Lehrperson

Ein Lehrplan soll die Richtung vorgeben, einen Rahmen setzen und für klare Bedingungen sorgen («Rahmenlehrplan»). Der Lehrplan 21 dagegen mischt sich mit seiner Detailtreue in die inneren Angelegenheiten von Schule und Unterricht ein. Von «Methodenfreiheit» ist nirgends die Rede. Ausdrücklich heisst es hingegen in den Rahmeninformationen zur Konsultation des Lehrplans 21, dieser diene «in erster Linie der Unterrichtsplanung und der Unterrichtssteuerung» (S. 16). Folge der Entmündigung der Lehrkräfte ist eine abnehmende Motivation, damit ein schwächerer Unterrichtserfolg und auch eine verstärkte Abkehr vom Lehrerberuf.

Lehrplan 21 erfüllt die berechtigten Forderungen der Lehrbetriebe nach einer genügenden Grundbildung in keiner Weise

Die Kompetenzorientierung im Lehrplan 21 führt zu einem weiteren Bildungsabbau (Learning to the test, nicht nachhaltiges Lernen auf Kompetenzen hin, „selbstorganisiertes Lernen“ (SOL), bei dem nur die besten Schüler Erfolg haben, usw.). Die Kompetenzen im Lehrplan 21 sind schwammig formuliert, grundlegendes Wissen, das auch für das spätere Berufsleben wichtig ist, wird nicht mehr explizit gefordert. Ein derartiger Qualitätsabbau bei der Bildung kann niemals im Sinne der Schweizer Wirtschaft sein.

Erhebliche Kostenfolgen für die Gemeinden

Letztlich müssen die Gemeinden bzw. die Steuerzahler für die Folgekosten wie Lehrerweiterbildung, Einführung neuer Lehrmittel, Anpassung und Beschaffung von Schulinfrastruktur, usw. aufkommen.

Frage 2: Lektionentafel allgemein

Die Fragen unter diesem Punkt haben wir unter nachfolgender Begründung allesamt mit **Nein** beantwortet:

Überladene Lektionentafeln

Die Bildungsziele in vielen Fächern sind so umfangreich sind, dass die Lektionentafeln der Mittel- und Oberstufe völlig überladen sind (Fremdsprachen, Einführung Informatik, Ausbau Unterricht Natur und Technik). Der zur Entlastung vorgenommene Abbau des Handarbeitsunterrichts ist in einer Zeit, wo die Kinder zunehmend taktile Defizite aufweisen, der falsche Weg.

Mit Streichungen und Änderungen im Zusammenhang mit der Lektionentafel sind wir nur dann einverstanden, wenn ein öffentlicher Diskurs über den Lehrplan geführt wird und der Kantonsrat bzw. das Volk die Möglichkeit haben, über den Lehrplan abzustimmen. Bestimmungen zur Lektionentafel sollen im Gesetz und nicht in der Verordnung festgehalten werden, damit ein öffentlicher Diskurs möglich ist.

Fragen 3.1 bis 3.7: Detailkritik an den Lektionentafeln

Falscher Weg zur Stärkung des MINT-Bereichs

Für die Stärkung des MINT- Bereichs ist ein besser strukturierter Aufbau des Lernstoffs im Unterricht unerlässlich. Da dies nicht zum Konzept des Lehrplans 21 gehört, wird der überwiegenden Mehrheit der abgehenden Schüler die unentbehrlichen schulischen Grundlagen für MINT-Berufe fehlen.

In der Primarschule ist ein extra in der Lektionentafel aufgeführtes Fach „Medien und Informatik“ unnötig und nicht zielführend. Auch wären die entsprechende Lehrerausbildung und eine genügende Infrastruktur für die Gemeinden unverhältnismässig teuer. Die Lektionen werden dringend für die Grundlagenfächer (z.B. Deutsch, Mathematik) benötigt. Medien, auch IT-Medien, sind in der Volksschule in verschiedenen Fächern als Hilfsmittel einzusetzen.

Zweite Fremdsprache erst auf der Oberstufe

Mit der vorgeschlagenen Verteilung der Lektionen in Englisch und Französisch sind wir nicht einverstanden. Die Primarschule ist bereits jetzt sehr sprachenlastig, dies geht zu Lasten der Grundlagenfächer wie Deutsch und Mathematik. Auf der Primarschulstufe soll deshalb maximal eine Fremdsprache unterrichtet und auf der Sekundarstufe der Unterricht auf eine zweite ausgeweitet werden.

Zu hohe Lektionenzahl und ungeeignete Verteilung

Mit der vorgeschlagenen Anzahl Lektionen pro Woche sind wir nicht einverstanden. Es sollten weniger Lektionen, dafür mehr Klassenunterricht vorgesehen werden – dies anstatt des Verschwendens von viel Schulzeit mit sog. «selbständigem Lernen».

Der Kindergarten gehört zudem nicht zum Lehrplan der Volksschule, auch nicht zum 1. Zyklus, sondern ist nach dem Willen des Zürcher Volkes als eigenständige Stufe zu behandeln.

Mit der vorgeschlagenen Verteilung der Lektionen in der Primarschule sind wir nicht einverstanden. Textiles und Technisches Gestalten soll auf die Mittelstufe verschoben werden. In der Unterstufe muss genügend Zeit für das Legen der Grundfertigkeiten und das Grundwissen vorhanden sein. Die handwerklichen, musischen und haushaltkundlichen Fächer kommen generell zu kurz.

Einen verpflichtenden Projektunterricht in der 3. Klasse der Sek I unterstützen wir nicht. Der aktuelle Projektunterricht mit einer vorgeschriebenen Methode engt den Unterricht stark ein, weshalb er freiwillig sein sollte. Vielen Jugendlichen bringt ein inhaltsreiches Wahlfach für die Persönlichkeitsentwicklung mehr.

Fragen 4.1 bis 4.3: Optionen zur vorgeschlagenen Lektionentafel

Die Lektionen für den Fachbereich Religionen, Kulturen, Ethik sollen nicht in den Fachbereich Natur, Mensch, Gesellschaft integriert werden.

Ein neues, von den Gemeinden zu finanzierendes Wahlfach zur beruflichen Orientierung im letzten Schuljahr unterstützen wir nicht.

Weitere Rückmeldungen

Keine Einführung des Lehrplans ohne vorherige Volksabstimmung

Da der vorgeschlagene Lehrplan gravierende Mängel aufweist, muss seine Einführung unverzüglich gestoppt werden. Es geht nicht an, dass unsere Kinder flächendeckend als Versuchskaninchen verheizt werden. Zudem sind zwei Initiativen, die den Lehrplan betreffen, zustande gekommen. Es entspräche demokratischer Fairness und haushälterischem Umgang mit den Finanzen, wenn vor der Einführung des Lehrplans das Resultat der Volksabstimmung abgewartet würde.

Offenlegung der finanziellen Auswirkungen und genauere Angaben zu den geplanten Einheitstests

Die zu erwartenden Kosten der Einführung des Lehrplans 21 für die Gemeinden sind offenzulegen. Denn die Gemeinden sind es, die letztlich die Folgekosten tragen müssen.

Die bereits anlaufenden flächendeckenden Einheitstests in den Deutschschweizer Volksschulen sind offenzulegen! Entgegen dem wiederholten Dementi der D-EDK ist ein einheitliches Testsystem seit langem in Vorbereitung.

Vielgestaltigkeit ist gefragt

NZZ vom 19.8.16, Gastkommentar von Rolf Dubs

Immer öfter orientieren einzelne Schulbehörden und Schulen die Eltern, dass sie die Schüler mit selbstgesteuertem Lernen zu einer grösseren Selbständigkeit führen und damit besser auf das lebenslange Lernen vorbereiten wollen. Gelingen kann dies ihrer Meinung nach nur, wenn die Lehrpersonen ihre Aufgabe neu verstehen: Aus «Belehrenden» sollen «Lernberater» oder «Lerncoaches» werden. Dies macht auch Veränderungen im Umfeld der Schule nötig. Die Schulhäuser sind mit mehr Gruppenräumen und Arbeitsecken auszugestalten, moderne Medien müssen bereitgestellt werden und auf das selbständige Lernen ausgerichtete Lehrmittel entwickelt werden. All dies führt vielerorts zu Kontroversen bei Eltern wie auch Lehrpersonen. Was ist davon zu halten?

Es braucht guten Frontalunterricht

Ein guter Frontalunterricht beruht auf einem das Verstehen fördernden Dialog zwischen der Lehrperson und den Lernenden, in welchem nicht primär Fakten gelehrt werden, sondern dialogisch Lernprozesse (z. B. Sachverhalte analysieren, Probleme lösen, neue Ideen finden, Wertvorstellungen beurteilen) erarbeitet und anwendbar gemacht werden sowie Wissensstrukturen (Vernetzung von Wissens-elementen) aufgebaut werden. Ein so verstandener Frontalunterricht ist weiterhin bedeutsam, es darf darauf nicht dogmatisch verzichtet werden. Zwar genügt ein noch so guter Frontalunterricht für die Vorbereitung des selbständigen Lernens und als Grundlage für das lebenslange Lernen für sich allein nicht mehr, dass aber umgekehrt Formen des selbständigen Lernens für sich allein bessere Lernerfolge bringen als ein guter Frontalunterricht, ist eindeutig widerlegt. Selbständiges Lernen gelingt nur, wenn es zuvor systematisch angeleitet wird. Und dazu braucht es – vor allem angesichts der knappen Unterrichtszeiten – auch weiterhin einen guten Frontalunterricht, in welchem das fachbezogene Strukturwissen und die darauf ausgerichteten Strategien (Arbeitstechniken, Lern- und Denkstrategien, affektive und emotionale Strategien) im Dialog erarbeitet und in verschiedenen Situationen angewendet werden. Zu beachten ist dabei, dass es nur wenige fächerübergreifende Strategien gibt. Der Fachunterricht bleibt deshalb weiterhin eine unabdingbare Voraussetzung für ein später erfolgreiches selbständiges Lernen.

Die Kontroverse über «belehrenden Unterricht» contra «selbständiges Lernen» ist also sinnlos. Guter Unterricht beruht auf einer gezielten Kombination von beidem, indem jeweils die Grundlegung eines Lerngebietes (Wissensstrukturen und Strategien) im Interesse eines bleibenden Lernerfolges zunächst angeleitet im Frontalunterricht entwickelt werden sollte und erst im fortschreitenden Unterricht zum selbständigen Lernen übergegangen wird, also erst dann, wenn die Schülerinnen und Schüler über das Vorwissen und die nötigen Lernprozesse verfügen.

Wann in den einzelnen Lerngebieten vom Frontalunterricht zum selbständigen Lernen übergegangen werden soll, hängt vom Lernstand einer Klasse ab, der von der Lehrperson immer wieder zu beurteilen ist. Aus Untersuchungen sind für den Schulalltag zwei Entscheidungskriterien massgeblich: Verfügt erstens eine Klasse in einem bestimmten Lerngebiet über ein gutes strukturiertes Wissen und kann sie Strategien einsetzen, so soll der Wechsel vom Frontalunterricht zum selbständigen Lernen möglichst rasch erfolgen. Lernstarke Klassen profitieren nach einer kürzeren Phase des Frontalunterrichtes vom selbständigen Lernen mehr als lernschwache Klassen. Ob dies auch für den selbständigen computergestützten Unterricht zutrifft, ist immer noch nicht abschliessend geklärt. Zweitens spielt für den Entscheid des Überganges auch die soziale Herkunft der Schüler eine Rolle. Solche aus einem bildungsreichen Milieu finden sich im

selbstgesteuerten Lernen rascher und besser zurecht als solche aus einem bildungsarmen Milieu.

Dogmatische Ansätze meiden

Das hier vertretene Konzept der Kombination von Belehrung und Lernberatung wird oft mit der Begründung verworfen, angesichts der abnehmenden Halbwertszeit des Wissens (in etwa vier Jahren ist die Hälfte des heutigen Wissens bedeutungslos geworden) und der elektronischen Informationssysteme werde dem Wissen in der Schule zu viel Bedeutung geschenkt. Entscheidend seien die grundlegenden Lernprozesse (Strategien). Deshalb sollen sich Lehrpläne und Unterricht auf allgemeingültige Strategien (oder bereichsübergreifende Kompetenzen) konzentrieren. Diese Auffassung ist aus zwei Gründen nicht richtig: Erstens gibt es bei der Entwicklung von Strategien kein Lernen ohne Wissen. Wer nichts weiss, kann weder Probleme lösen noch intellektuell kreative Ideen entwickeln. Und zweitens dienen die Dialoge im Frontalunterricht nicht mehr einer «Stoffhuberei» (Vortragen vieler Fakten), sondern es wird gezielt Wissen erarbeitet, das v. a. benötigt wird, um die Strategien anwenden zu können.

Die teilweise einseitige Überbetonung des selbständigen Lernens im Vergleich zum Frontalunterricht ist ein Beispiel für die üblichen Pendelschläge in der Pädagogik. Statt Einseitigkeiten sollte die Vielgestaltigkeit die Schule und ihren Unterricht charakterisieren, dogmatische Ansätze müssen vermieden werden. Mit ihnen allein lässt sich die Schule nicht grundlegend verbessern.

Rolf Dubs war von 1969 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2000 Professor für Wirtschaftspädagogik an der Universität St. Gallen.

Schlecht- oder rechtschreiben?

Von Carl Bossard, Journal21 vom 16.8.201

Die Schweizer Bildungsdirektoren scheinen nur ein Thema zu kennen: frühe Fremdsprachen. Aber wie steht es mit dem korrekten Frühdeutsch? Eine Studie der Universität Freiburg lässt aufhorchen.

"Noch eine verspätete schriftliche Entschuldigung für das ich am Mittwoch 31.10. Krank wahr." Ein Schreiben auf Fachhochschulstufe. Originalton und leider kein Einzelfall. Ein anderer Studierender liegt mit Grippe im Bett, meldet sich ab und fügt bei: "Ich hoffe auf Ihr Verständniss und möchte mich viel mals entschuldigen."

Mangelnde Rechtschreibkompetenz

Zwei Beispiele mit gravierenden orthografischen Defiziten. Nach mindestens zwölf Schuljahren. Wer hinsieht, weiss es schon lange: Viele Schulabgänger zeigen spürbare Lücken im Rechtschreiben. (1) Doch allzu viele sehen weg oder beschönigen. "Schweizer Kinder machen deutlich mehr Fehler als deutsche und österreichische", titulierte die Aargauer Zeitung in der Ausgabe vom 10.8.2016 eine Studie der Universität Freiburg.

Untersucht wurden 1'650 Primarschüler im deutschsprachigen Teil des Kantons Freiburg. Die Ergebnisse decken sich mit einer Studie im Kanton Solothurn und einer repräsentativen Stichprobe im Kanton Bern. "Beim Schreiben von Wörtern mit orthografischen Besonderheiten wie Dehnungen, Verdoppelungen oder 'tz' schnitten die Freiburger Kinder bereits ab der 2. Klasse signifikant schwächer ab als die deutschen", gibt der Studienverantwortliche Professor Erich Hartmann zu bedenken.

Rechtschreibung auf später aufschieben

Die Gründe für die schwächeren Leistungen von Schweizer Kindern in der Rechtschreibung vermutet der Wissenschaftler im Unterricht und in den Lehrmitteln. Lautorientiertes und freies Schreiben stünden im Vordergrund. Das geht auf Kosten der korrekten Orthografie. Sie ist in den Hintergrund getreten. Nach Meinung vieler Unterstufen-Lehrpersonen lässt sie sich später leicht nachholen. Zudem blockiere das Korrigieren die kindliche Motivation und Kreativität und zerstöre gar die Lust am spontanen Schreiben. Man will die Kleinen zu furchtlosen Schreibern heranbilden. Üben und Wiederholen, diese uralten Prinzipien aus der Zeit vor den reformpädagogischen Innovationen, scheinen überholt.

Doch die Studie des Logopäden Hartmann zeigt, dass die Freiburger Schüler selbst in der 6. Klasse noch klar schwächer abschneiden als die deutschen Schüler. Dabei beherrscht in Deutschland nur jeder fünfte Neuntklässler die Orthografie einigermaßen sicher, wie der Sprachwissenschaftler Günther Thomé von der Goethe-Universität Frankfurt herausfand. Die korrekte orthografische Schreibweise stellt sich eben nicht von selbst ein. Oder mindestens nicht genügend. Sie ist intensiv und systematisch zu erarbeiten. Hier liegt das Problem.

Die Schriftsprache selber lernen

Während Jahren wurden im deutschsprachigen Raum viele Kinder nach dem Konzept "Lesen durch Schreiben" alphabetisiert. Entwickelt hat sie der Schweizer Pädagoge Jürgen Reichen (1939 – 2009). Schüler können sich die Schriftsprache selber erarbeiten, ähnlich wie Kleinkinder das Laufen und Sprechen erlernen, lautet Reichens Credo. Sein Programm basiert auf einer sogenannten Anlauttabelle, dem "Buchstabentor". Ein passendes Bildchen illustriert jeden Buchstaben. Ein Fisch zum Beispiel steht für das 'F'. Das Konzept lässt die Kinder das Schreiben individuell und nach eigenem Tempo lernen. Selbstgesteuert und in Lernwerkstätten.

Mit Hilfe dieses Buchstabentors setzen sich die Schüler "alle Wörter der Welt" aus Lauten zusammen. Will ein Kind etwa "Ballon" schreiben, murmelt es die einzelnen Laute vor sich hin und sucht die Buchstaben aus den Bildchen der Tabelle zusammen: das 'B' von der Banane, das 'A' vom Affen und so weiter. Die Abc-Schützen schreiben nach Gehör – wie sie es vom Klang der Worte her für korrekt halten. Auf die Orthografie müssen sie keine Rücksicht nehmen. Vielleicht entsteht so das Wörtlein "balon".

Absolute Fehlertoleranz

Die Freude am freien Fabulieren ist oberstes Prinzip. Dabei sollen die Kinder nicht gestört werden. Niemand darf eingreifen. Wortschatz und Grammatik werden nicht

beachtet. Fehlerhafte Formen gehören dazu. Sie würden sich später korrigieren; das Korrekte käme automatisch, so Jürgen Reichens Annahme. Auch das Lesen soll sich dann von alleine ergeben.

Auf ihre Wirkung untersucht wurde Reichens Konzept erst vor Kurzem. "Die Ergebnisse - der wissenschaftlichen Studie - sind katastrophal, eigentlich müsste "Lesen durch Schreiben" sofort verboten werden", urteilt der emeritierte Zürcher Pädagogikprofessor Jürgen Oelkers.

Ist Rechtschreiben noch aktuell?

Ist es entscheidend, ob es nun "Ballon" oder "balon" heisst? Leben wir nicht in Zeiten von Korrekturprogrammen und Facebook-Twitter-Blog-Kommunikation? Wer so fragt, verkennt, wie wichtig die Orthografie ist. Es geht um mehr als das 'ck' oder das Dehnungs-h, es geht

um mehr als richtiges, rasches Recherchieren im Internet, es geht letztlich auch ums Lesen.

Wer nicht weiss, wie man schreibt, hat Mühe mit Lesen. Er muss mühsam entziffern und bleibt auf der Ebene des Worterkennens stecken – und damit letztlich Analphabet. In der Schweiz zählen 15 Prozent der 15-jährigen Schulabgänger dazu.

Feedback als Lerneffekt

Gutes Lesen und orthografisch korrektes Schreiben basieren auf prozeduralem Lernen. Kinder lernen rechtschreiben so, wie sie Tennis oder Klavier spielen lernen. Es ist ein Lernen durch Ausprobieren, Korrigieren und Wieder-Ausprobieren. Entscheidend für den Lernerfolg sind systematische Lernkontrollen und das persönliche Feedback des Lehrers. John Hatties umfangreiche Meta-Studie (2) spricht dem Feedback einen hohen Effektwert zu. Bei "balon" müsste die Lehrerin lenkend eingreifen und ihren Schützling auf die Grossschreibung des Nomens und die Konsonantenverdoppelung hinweisen. John Hattie redet von "direkter Instruktion". Auch ihr ordnet der Bildungsforscher einen starken Lernerfolg zu.

Was Hänschen nicht lernt

Der Spass an der Sache vertrüge keine Korrekturen, lautet Reichens Devise. Doch die Fehlertoleranz zahlt sich für viele Schülerinnen und Schüler nicht aus. Hat sich die falsche Art zu schreiben einmal eingepägt, kommt man in der Regel nur mühevoll davon los. Sie nach zwei, drei Jahren zu korrigieren ist ebenso schwierig wie eine falsche Fingerhaltung beim Klavierspiel – und natürlich viel komplizierter, als gleich zu Beginn korrekt zu schreiben.

Unterlassene Hilfeleistung

Wenn die Verfasser der beiden Eingangssätze nach den Programmen "Lesen durch Schreiben" oder "Schreiben nach Gehör" unterrichtet wurden, versteht man die Fehlerquote. Nur darf man hier nicht von didaktischer Methode reden, sondern von unterlassener Schreibhilfe. Die zwei Textpassagen reden Klartext – ebenso die Freiburger Studie. Unsere Kinder verdienen einen nachhaltigeren Rechtschreibeunterricht.

(1) Der Beitrag beschränkt sich auf die Orthografie und lässt Aspekte wie Textkohärenz weg – im Wissen, dass Rechtschreibung nur ein Teil guter Sprache ist.

(2) Der Bildungsforscher John Hattie von der Universität Melbourne untersuchte während Jahren messbare Fachleistungen von Schülern, sogenannte „achievements“. Seine Frage: „What works best?“ Was wirkt in der Schule nachhaltig und besitzt eine Effektstärke?

Vom Frühfranzösisch geblendet

ST. Galler Tagblatt vom 3. 8. 2016

Der Bund drängt die Kantone, bereits in der Primarschule Französisch zu unterrichten. Dabei übersieht er, dass in vielen Realschulen kaum Französisch gelehrt wird. Auch garantiert ein früher Beginn keinen umfassenden Unterricht.

ROGER BRAUN

Das Frühfranzösisch ist daran, die Schweiz zu spalten. Seit der Kanton Thurgau entschieden hat, dass er in der Primarschule ab 2018 kein Französisch mehr unterrichten wird, gehen die Wogen hoch. Nachdem es die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) nicht geschafft hat, den Thurgau zu disziplinieren, greift nun der Bund ein. Im Juli hat Innenminister Alain Berset drei Reformvarianten vorgelegt. Jede zwingt den Thurgau, das Französisch in der Primarschule wieder einzuführen – genauso wie die Kantone Uri und Appenzell Innerrhoden, die den Französischunterricht auf der Primarstufe gar nie kannten. Sowohl die EDK als auch Berset sehen in der Verschiebung des Französisch auf die Oberstufe eine rote Linie überschritten. Ist das gerechtfertigt? Ein Blick auf die Praxis in den Kantonen lässt daran zweifeln.

Uri als Schlusslicht

Unsere Zeitung hat die Studententafel aller Deutschschweizer Kantone ausgewertet, um die unterschiedliche Bedeutung des Französischunterrichts aufzuzeigen (siehe Tabelle). Was wenig überrascht: Je näher ein Kanton an der Romandie ist, desto mehr Französisch wird gelehrt. Gemessen an der Zahl der Wochenstunden schwingen die zweisprachigen Kantone Bern, Freiburg und Wallis sowie die Kantone in unmittelbarer Nähe zum französischen Sprachgebiet wie die beiden Basel oder Solothurn obenaus.

Am unteren Ende der Tabelle stehen Kantone der Zentralschweiz, der Aargau, Innerrhoden und St. Gallen. Ein Spezialfall ist Graubünden, wo ein Schüler seine obligatorische Schulzeit ohne eine einzige Stunde Französisch durchlaufen kann, der Italienischunterricht allerdings einen hohen Stellenwert hat. Der Kanton Uri kann dies nur beschränkt für sich in Anspruch nehmen. Zwar wird bereits in der Primarschule Italienisch als Wahlpflichtfach angeboten, doch obligatorisch ist es nicht, das Fach wird in der Oberstufe gar zum reinen Wahlfach.

Die Realschüler vergessen

Doch diese Zahlen erzählen nur einen Teil der Geschichte. Nämlich jene des besseren Teils der Oberstufe, der Sekundarschüler. Kaum Erwähnung findet die Realschule für schlechtere Schüler. Hier hat sich in den letzten Jahren Bemerkenwertes getan. Mit dem Aufkommen des Englischen hat sich das Französisch immer mehr zurückgezogen – ohne dass dies in der Öffentlichkeit diskutiert worden wäre. Beispiel St. Gallen: Für die Realschüler ist nach dem 7. Schuljahr bereits Schluss mit Französisch. Das heisst, Realschüler müssen mit insgesamt acht Wochenlektionen Französisch auskommen. Noch extremer der Kanton Aargau: Hier müssen einem Realschüler insgesamt vier Wochenstunden Französisch ausreichen, um die Sprache Voltaires zu erlernen. Auch in Appenzell-Innerrhoden ist Französisch bestenfalls Wahlfach für schwächere Schüler der Oberstufe. In weiteren Kantonen sinkt Französisch in der Realschule zum Wahlpflichtfach ab. In manchen Kantonen können sich die Schüler in begründeten Fällen mit Unterschrift der Eltern auch vom Französischunterricht dispensieren lassen.

Der gesetzliche Auftrag an die Kantone ist klar: Bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit müssen Schüler über Kompetenzen in einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache verfügen. Gerade in der Realschule scheinen sich die Kantone

von diesem Ziel verabschiedet zu haben.

Augen zu und durch bei der EDK

Christoph Eymann ist Präsident der kantonalen Erziehungsdirektoren. Er sagt: «Das ist ganz sicher nicht die Idee.» Das Ziel gelte für alle. «Genauso wie die Sekundarschüler sollten auch die Realschüler am Ende der obligatorischen Schulzeit die französische Sprache beherrschen, denn für viele Berufe ist die zweite Landessprache sehr wichtig.» Dass es damit viele Kantone nicht so genau nehmen, bedauert er. «Aber wir haben derzeit keine Handhabe dagegen. Die Ausgestaltung des Französischunterrichtes in der Realschule war kein Thema bei der Harmonisierung.» 2004 war es den Kantonen gelungen, sich zu einem Sprachenkompromiss durchzuringen. Demnach sollen in der Primarschule zwei Fremdsprachen gelehrt werden, wovon eine eine Landessprache sein muss. Wie viele Stunden unterrichtet werden – und inwiefern die Realschule und die Sekundarschule anders behandelt werden –, ist kein Thema in der Übereinkunft.

Prügelknabe Thurgau

Macht es Sinn, sich einseitig auf den Zeitpunkt des Spracherwerbs zu fixieren? Wäre es nicht besser, die Zahl der Wochenstunden – unter Berücksichtigung der Realschule – heranzuziehen, um die Qualität des Französischunterrichts zu beurteilen? Diese Frage ist von politischer Relevanz. Der Kanton Thurgau zum Beispiel fällt mit seinen 14 Wochenstunden Französisch nicht aus dem Rahmen – umso mehr als diese auch für Realschüler verbindlich sind.

Christoph Eymann räumt ein, dass ein differenzierter Ansatz mit Wochenstunden und unter Einbezug der Realschule sinnvoll wäre, doch er sagt auch: «Wir sind derzeit nicht in der Phase, neue Regeln zu definieren.» Eine neue Einigung mit verfeinerten Kriterien hält er für unrealistisch, «es ist schon genug schwierig, den beschlossenen Sprachenkompromiss durchzusetzen». Die EDK konzentriert sich demnach darauf, dass bereits in der Primarschule eine zweite Landessprache gelernt wird. Dieselbe Stossrichtung verfolgt der Bund. Letzten Monat hat der Bundesrat eine Gesetzesanpassung in die Vernehmlassung gegeben, die genau das vorsieht.

Auf den Umstand, dass heute in vielen Realschulen kaum Französisch gelehrt wird und die Zahl der Wochenstunden nur bedingt mit einem frühen Französischunterricht zusammenhängen, mochte der Bund nicht detailliert eingehen.

«Das Schulfranzösisch reicht sowieso nicht»

Tages Anzeiger vom 8. 8. 2016, Leserbriefe

Diskussion im eigenen Sprachraum.

Dass das Frühfranzösisch in der Primarschule für den Zusammenhalt in der Schweiz so existenziell ist, darf bezweifelt werden. Wenn das so wäre, müsste Frühitalienisch den gleichen Stellenwert haben. Selbstverständlich muss der Fremdsprachenunterricht in der Deutschschweiz harmonisiert werden, was den Zeitpunkt der Einführung, die Unterrichtsmethode und die Lehrmittel anbelangt. Mehrsprachigkeit ist aber kein Garant für ein besseres Verständnis der Schweizer und Schweizerinnen untereinander. Der Sprachenstreit lenkt von den wahren Verständnisproblemen unter den verschiedenen Landesteilen, zwischen Stadt und Land, Fremden und Einheimischen, Alt und Jung, Fortschrittlichen und Traditionalisten, Reichen und Armen ab. Die Diskussionen über die

Probleme der Schweiz und die politischen Auseinandersetzungen werden ohnehin im eigenen Sprachraum geführt. Um diese auch in einer anderen Sprache zu führen, reicht das Schulfranzösisch sowieso nicht.

Walter Giger, Zürich

Bruchsicheres Land.

Die Deutschschweizer Kinder sollen in der Primarschule Französisch lernen - weil sonst die Schweiz «zerbreche». Sie wäre bereits vor langer Zeit «zerbrochen», denn in meiner Jugend (ich bin 88 Jahre alt) lernte ich in Zürich erst in der Sekundarschule Französisch, die zweite Landessprache.

René M. Levkowicz, Forch

Verordneter Begeisterungszwang.

Bundesrat Berset's Sprachenpolitik fusst leider auf Wunschdenken. Natürlich hat Sprachenlernen mit Kennenlernen von «Kultur, Werten und Geschichte» zu tun, aber hauptsächlich ist es beinharte Knochenarbeit. Sind die Lernenden auf beiden Seiten des viel beschworenen Röstigrabens dazu aber schon in der Primarschule wirklich bereit und motiviert genug? Das Interesse und der Kenntnisstand punkto Frühfranzösisch (bzw. Frühdeutsch in der Romandie) sprechen in der Praxis eine deutlich andere Sprache. Seien wir deshalb realistisch und machen wir für die Zukunft Nägel mit Köpfen und beenden die Heuchelei der harmonischen Sprachenvielfalt der Schweiz. Ein konzentrierter dreijähriger Sprachunterricht in einer zweiten Landessprache auf der Sekundarstufe ist erfolgreicher als ein lauwarmer sechsjähriger, vom Bundesrat verordneter Begeisterungszwang.

Urs Stähli, Winkel

Without any translation.

Bundesrat Alain Berset könnte dafür sorgen, dass an Veranstaltungen des Bundes wieder Deutsch und Französisch gesprochen werden darf. Das wäre auch wichtig für den Zusammenhalt der Schweiz. Ich bekomme immer wieder Einladungen von Bundesstellen zu Seminaren oder Tagungen, kürzlich von der «Swiss Agency for Development and Cooperation». Es wird dann vermerkt: «Language English, without any translation» (Sprache Englisch, ohne jede Übersetzung). Sämtliche Vorträge werden an solchen Veranstaltungen also in englischer Sprache gehalten und die anschliessenden Diskussionen auch. Für den Mann von der Strasse hat es keinen Sinn an solchen Veranstaltungen teilzunehmen, weil er die Hälfte nicht versteht. Solche englischsprachigen Veranstaltungen des Bundes sind auch ein Zeichen, dass man das Fussvolk an solchen Anlässen gar nicht sehen will.

Heinrich Frei, Zürich

Gegen die Interessen der Schüler.

Was bei der ganzen Debatte weitgehend fehlt, ist die Situation der Primarschülerinnen und -schüler. Eine grosse Mehrheit aller Lehrpersonen in sämtlichen Kantonen dürfte das bestätigen, was für unabhängige Fachleute schon lange eine Tatsache ist: Die meisten Fünft- und Sechstklässler werden mit zwei Fremdsprachen heillos überfordert. In Städten und Agglomerationen beispielsweise gibt es Klassen, die ausschliesslich aus fremdsprachigen Zuzüglern bestehen, die zuerst einmal richtig Deutsch lernen sollten. Wem wirklich eine gedeihliche und effiziente Primarschule am Herzen liegt, der oder dem ist egal, ob zuerst Englisch oder Französisch unterrichtet wird; auf keinen Fall aber darf schon in der fünften Klasse mit der zweiten Fremdsprache begonnen werden. Die

Argumentation verschiedener Initiativkomitees leuchtet deshalb ein: Ab fünfter Klasse die erste Fremdsprache, ab Oberstufe die zweite, und zwar intensiviert, sodass am Ende der Schulzeit in Englisch und Französisch praktisch ein Gleichstand erreicht ist und von einer Vernachlässigung der Landessprache so oder so nicht gesprochen werden kann. Bald wird deshalb die Stunde der Wahrheit kommen. Jene Politiker und Erziehungswissenschaftler, die stur an zwei Primarschul-Fremdsprachen festhalten, würden damit zeigen, dass sie ihr persönliches Prestige oder ihre politischen Interessen wider besseres Wissen über jene unserer Schulkinder stellen, was ausserordentlich zu bedauern wäre; sie würden unserer Schule einen miserablen Dienst erweisen. Und wenn Bundesrat Berset, wie er sagt, bei einem harschen Eingriff des Bundes pro Französisch ein Referendum nicht fürchtet, verdient sein Mut Anerkennung. Nur könnte für ihn in diesem Punkt, wenn man sich umhört bei der Bevölkerung, der Schuss leicht nach hinten gehen.

Hans-Peter Köhli, Zürich

21. 8. 2016

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster

info@lehrplan-vors-volk.ch

www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598 5